

Anlage 1:

Betriebskritische und gesetzliche vorgegebene IT-Vorhaben (öffentlicher Teil)

RBS_ITV_0023	Windows 7 Pädagogik	Sachkosten Einmalig 2016	0 €	Sachkosten Laufend (Betrieb) Laufzeit 5 Jahre	Personalkosten Extern 2016	Personalkosten it@m 2016	Personalkosten Intern (ZIB) 2016	PT Intern (ZIB) bei Tagessatz E12 (451€)
RBS_ITV_0084	Windows 7 Verwaltung	0 €	3.807.555 €	0 €	0 €	38.837 €	496.892 €	1.102
		0 €	0 €	0 €			103.256 €	229
	Summe	0 €	3.807.555 €	2.444.981 €	38.837 €	600.148 €		
	Summe haushaltswirksam	6.291.373 €						
	Summe nicht haushaltswirksam	600.148 €						

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadträtin Beatrix Burkhardt
Stadträtin Mechthilde Wittmann
Stadtrat Georg Schlagbauer
ANTRAG
06.06.13

Umorganisation des Fachbereichs RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (4)

Es gibt eine aufwändige Orga- Untersuchung des RBS, wobei allerdings zwei Fachbereiche ausgeschlossen sind. Für den Bereich ZIM gibt es eine eigene Untersuchung, die Abteilung ZIB ist allerdings aus völlig unverständlichen Gründen von dieser Untersuchung ausgenommen, obwohl gerade hier die größten Schwierigkeiten mit den entsprechenden Nutzern und Schnittstellen bestehen. Eine Untersuchung der Organisationsstruktur wird seit Jahren gefordert, bisher ist aber nichts geschehen. Es hätte sich also konsequenterweise angeboten, eine Fehleranalyse bzw.. Schwachstellenanalyse für ZIB durchzuführen und für eine rasche Lösung der Probleme zu sorgen. Jetzt ist dringender Handlungsbedarf gegeben, um zumindest für das nächste Schuljahr entscheidende Verbesserungen zu ermöglichen.

Wir beantragen deshalb:

Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Möglichkeiten es gibt, die Fachabteilung ZIB so um zu organisieren oder Bereiche auszugliedern, dass eine zeitnahe und auf die Nutzerbedürfnisse von Schulen, Kindertageseinrichtungen, Horten zugeschnittene Zusammenarbeit ermöglicht wird,

Begründung:

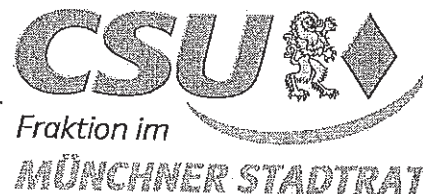
Zahlreiche Einrichtungen beklagen seit Jahren die schleppende Zusammenarbeit mit der Abteilung ZIB. Neue Modelle oder innovative Vorschläge werden nicht umgesetzt oder gezielt verzögert.

Anstatt die notwendigen Stellen auszuschreiben behilft die die Abteilung sich mit befristeten Arbeitsverhältnissen externer Mitarbeiter, was keineswegs eine Lösung der Probleme darstellt, sondern im Gegenteil neue finanzielle Mittel erfordert

Beatrix Burkhardt, Stadträtin

Mechthilde Wittmann, Stadträtin

Georg Schlagbauer, Stadtrat



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Sofort	über Reg.
Direktorium Büro des Oberbürgermeisters	
20. MRZ. 2015	
an D-II / V 1	
AZ: 2035 - 10012	

Stadträtin Kristina Frank
Stadtrat Otto Seidl

ANTRAG Nv-800

20.03.15

IT-Infrastruktur an Münchner Schulen verbessern

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Funktionalität des Münchner Schulnetzes zu überprüfen sowie für dessen einwandfreien Betrieb als auch für eine zeitgemäße IT-Ausstattung der weiterführenden Schulen in der Landeshauptstadt zu sorgen.

Begründung:

Eine funktionierende Schul-IT bildet heutzutage eine der wichtigen Grundlagen für eine gute Schulbildung.

Umso ärgerlicher ist es, wenn schon das Einloggen in das Münchner Schulnetz unnötig mit Warten verbrachte Zeit bedeutet. Außerdem scheitert ein umfassender Unterricht an dem vor Kurzem integrierten Internetfilter „Schulfilter Plus“, da das Aufrufen bestimmter Seiten durch die falsche Einstufung von Inhalten blockiert wird. Die angezeigte Meldung signalisiert eine Abhilfemöglichkeit, in dem Lehrkräfte diese Filterungsregeln ändern könnten. Nur sind sie dafür nicht geschult. Somit müssen die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen auf die Unterstützung moderner Medien, z. B. auf Animationen im Physikunterricht, verzichten.

Die technische Ausstattung der Schulen lässt Wünsche offen. Langsame Geräte, kaputtes Zubehör, beschädigte Kabeln und fehlende essentielle Programme hindern einen reibungslosen, modernen Unterricht.

Eine gezielte IT-Schulung der Lehrkräfte sowie die Ausstattung der Schulen mit modernster Technik ermöglichen erst einen zeitgemäßen Unterricht in unserer Stadt.

Kristina Frank
Stadträtin

Otto Seidl
Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den

18.02.2014

WLAN als Standard bei allen neuen Schulgebäuden und Generalsanierungen

Antrag

Das Referat für Bildung und Sport wird aufgefordert, bei allen Schulneubauten sowie bei allen Generalsanierungen von Schulgebäuden ein leistungsfähiges WLAN mit zu planen und zu installieren. Dem Stadtrat wird ein Konzept vorgelegt, wie die Ausgestaltung von WLAN als Standardzugang zum Internet in den Schulen geregelt wird.

Begründung:

Seit vielen Jahren ist WLAN (Wireless Local Area Network) für viele Menschen die bevorzugte Variante um mit ihren Geräten eine Verbindung zu einem lokalen Netzwerk, vor allem aber zum Internet aufzubauen. Jedes moderne Smartphone, jedes Tablet und jedes Notebook ist ohne diese Technologie undenkbar.



In vielen Münchner Haushalten findet man WLAN, und wer mit seinem Handy an einem beliebigen Ort in München kurz sucht, wird meist zwischen 10 und 50 verschiedene Netzwerke finden. Vor allem für Kinder und Jugendliche ist es vollkommen normal diese Technik zu nutzen um dadurch die Möglichkeit zu haben im Internet zu arbeiten und zu surfen. Das nun an genau jenem Ort, an dem sehr viele Kinder und Jugendliche täglich zusammenkommen – nämlich der Schule –, WLAN bisher keine Rolle spielt, ist nicht mehr zeitgemäß. Wenn wir Unterricht wollen, der den Umgang mit modernen Medien beinhaltet, so müssen wir auch anerkennen, dass dies am besten mit mobilen Geräten und daher auch mit einer mobilen Lösung für den Internetzugang zu bewerkstelligen ist. Dadurch lässt sich Unterricht offener und kreativer gestalten und das Internet als Teil der schulischen Bildung miteinbeziehen.

Neben den Schülern würden aber vor allem die Lehrer und Verwaltungsmitarbeiter der Schule profitieren, die mit eigenen oder von der Schule gestellten mobilen Geräten arbeiten könnten – unabhängig davon ob die PCs im Lehrerzimmer gerade anderweitig belegt sind.

Für die Ausgestaltung der Sicherheit dieser Netzwerke und für die räumliche Planung der Zugangspunkte – mit der Voraussetzung, so wenig Strahlung wie nötig zu erzeugen – bitten wir die Verwaltung ein Konzept zu entwickeln und dem Stadtrat zeitnah vorzustellen.

Fraktion Die Grünen - rosa liste

Initiative:
Anja Berger
Jutta Koller
Sabine Krieger

Datum: 26.01.16
Telefon: 
Telefax: 

**Personal- und
Organisationsreferat**
Organisation
POR-P 3.24

Stellungnahme zur Beschlussvorlage für den am 02.03.2016 gemeinsam tagenden Bildungsausschuss, Sportausschuss sowie den Verwaltungs- und Personalausschuss, Externes Gutachten zu Optimierungsmöglichkeiten von Strukturen und Prozessen für das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) - OrgaZIB Umsetzung des Gutachtens (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04045)

I. An das Referat für Bildung und Sport

Die Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 14.01.2016 übermittelt.

Kern der Beschlussvorlage ist die Anpassung der Strukturen und Prozesse der Abteilung ZIB an das von Ernst & Young empfohlene Organisationsmodell auf Basis einer erfolgten Organisationsuntersuchung.

Hintergrund

Im Zuge der Neuorganisation der städtischen IT wurde mit Beschluss der Vollversammlung vom 27.01.2010 u. a. beschlossen, dass die Abteilung ZIB möglichst bis Ende 2015 in die gesamtstädtische IT-Organisation eingegliedert werden soll.

Mit Beschluss des Ausschusses für Bildung und Sport vom 13.11.2013 hat der Stadtrat über die Vergabe einer Organisationsuntersuchung für die Abteilung ZIB entschieden. Dieser gründet sich auch auf den Antrag der CSU-Fraktion vom 06.06.2013 (08-14 / A 04291) – „Umorganisation des Fachbereichs RBS/ZIB Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich“.

Plausibilisierung der zusätzlichen Stellenbedarfe

Bereits mit Schreiben vom 14.09.2015 hat das Personal- und Organisationsreferat zur mit Mail des RBS vom 27.08.2015 übermittelten inhaltsgleichen Beschlussvorlage Stellung genommen. Der vorliegende Beschlussentwurf wurde nur marginal abgeändert (u. a. Verschiebung der Laufzeit des Vorhabens bis voraussichtlich 31.03.2019 und der damit einhergehenden Projekte). Die Empfehlungen des Personal- und Organisationsreferates zur Befristung und Evaluierung der umfangreichen Personalmehrbedarfe wurden seitens des RBS aufgegriffen und eingearbeitet.

Insgesamt werden für die Ertüchtigungsphase des ZIB 52 VZÄ geltend gemacht und für die Begleitung der Umsetzungsphase im Overhead des RBS sowie bei ZIB zusätzlich 8,5 befristete VZÄ (davon u. a. 5 Projektleitungen für die Steuerung der fünf Umsetzungsprojekte). Zudem soll die Lauffrist der bereits vorhanden 2 VZÄ für die Begleitung der Organisationsuntersuchung, welche in der Beschlussfassung vom 13.11.2013 (s. o.) genehmigt wurden, bis 31.03.2019 verlängert werden.

Eine Verringerung der aus der Sicht des RBS erforderlichen zusätzlichen Personalkapazitäten für die Ertüchtigungs- bzw. Umsetzungsphase wurde im Vergleich zur erstmalig übermittelten Beschlussvorlage nicht vorgenommen. Die geltend gemachten Personalmehrbedarfe beruhen auf Berechnungsmethoden der Firma Ernst & Young sowie Schätzungen des RBS .

Nach wie vor ist seitens des Personal- und Organisationsreferates eine Plausibilisierung der Stellenbedarfe i. H. v. 52 VZÄ für die Ertüchtigung des ZIB nicht möglich. Auch die von Ernst & Young nachgereichten Unterlagen geben hierüber keinen Aufschluss. Demzufolge kann seitens des POR keine Aussage zur Angemessenheit der zusätzlichen Kapazitäten getroffen werden.

Die für die Umsetzungsbegleitung und in engem Zusammenhang zum Reorganisationsprojekt stehenden befristeten Stellenbedarfe im Bereich des RBS-GL sowie ZIB - Leitung sind aus der Sicht des Personal- und Organisationsreferates nachvollziehbar und auch der Höhe nach erforderlich um eine erfolgreiche Umsetzung des Vorhabens sicherzustellen.

Eilbedürftigkeit des Vorhabens

Aus der Sicht des RBS sind die in der Beschlussvorlage aufgeführten Maßnahmen und die damit verknüpften Mittelbereitstellungen sowohl unaufschiebbar als auch unabweisbar. Die Eilbedürftigkeit wird mit der prekären Situation im ZIB begründet, welche mit einer hohen Unzufriedenheit der Bildungseinrichtungen mit der zur Verfügung gestellten IT einhergeht. Eine Verschiebung des Vorhabens bedinge eine weitere Verzögerung der Reorganisation der Abteilung ZIB und eine weitere Aufschiebung der verbesserungswürdigen IT-Unterstützung an den Bildungseinrichtungen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

- II. Abdruck von I.
an P 3.11
die Stadtkämmerei - HA II/12
an das Direktorium - D-II-V/1
z. K.

- III. Wv. POR-P 3.24



Datum:
Telefon:
Telefax:

Stadtkämmerei
Jahreshaushaltswirtschaft
Haushalt
SKA-HAII / 12-2

**Externes Gutachten zu Optimierungsmöglichkeiten von Strukturen und Prozessen für
das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB)
OrgaZIB, Umsetzung des Gutachtens**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04045

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 04046

Nichtöffentliche und öffentliche Sitzung

**Beschlussvorlage für die gemeinsame Sitzung des Bildungsausschusses und des
Sportausschusses und des Verwaltungs- und Personalausschusses am 02.03.2016 (VB)**

An das Referat für Bildung und Sport – ZIB

Die Stadtkämmerei nimmt zu oben genannter Beschlussvorlage wie folgt Stellung:

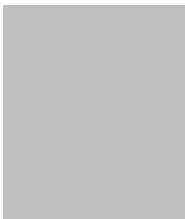
Unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats vom 26.01.2016 ist bei den vom Referat für Bildung und Sport beantragten Stellenzuschaltungen darauf hinzuweisen, dass gem. Art. 69 Abs. 3 GO Bayern der Stellenplan des Vorjahres weitergilt, bis die Haushaltssatzung für das neue Jahr erlassen ist. Eine Stellenzuschaltung steht solange grundsätzlich unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Haushaltssatzung. Allerdings weisen wir darauf hin, dass vorbereitende Arbeiten für die jeweiligen Stellenschaffungen und Stellenbesetzungsverfahren bereits vorab begonnen werden können. Die Stellen werden aber erst zum Zeitpunkt nach Genehmigung des Haushalts geschaffen und besetzt.

In der VV am 27.01.2016 hat der Stadtrat ein neues Verfahren für unterjährige Beschlussfassungen zu Budgetausweitungen beschlossen. Nach den Vorberatungen in den Fachausschüssen erfolgt in der VV dann lediglich ein Empfehlungsbeschluss. Alle Empfehlungsbeschlüsse werden dann im Juli-Plenum nochmals insgesamt unter Abwägung der finanziellen Auswirkungen beraten und erst dann endgültig beschlossen. Die Umsetzung erfolgt im Nachtrag 2016. Ausnahmen sollen nur im besonders gelagerten Einzelfall und nur dann zulässig sein, wenn nachweisbar unvorhergesehene Ereignisse und Entwicklungen ein sofortiges Handeln notwendig machen, d. h. die jeweilige Haushaltsentscheidung zur Finanzierung keinen Aufschub duldet.

Die Stadtkämmerei empfiehlt daher dem Stadtrat eine äußerst kritische Prüfung, ob der seitens der Fachreferate geforderte Stellenbedarf bereits jetzt in vollen Umfang notwendig ist und inwieweit über die endgültige Finanzierung im Rahmen des Juliplenums entschieden werden kann. Zu diesem Zeitpunkt liegt dann auch eine Gesamteinschätzung der Auswirkungen auf den Haushalt für alle bis dahin getroffenen Stadtratsentscheidungen vor.

Wir bitten diese Stellungnahme in die Beschlussvorlage mit einzuarbeiten.

Das Büro der 3. Bürgermeisterin, das Direktorium D-Hall-V1 (Beschlusswesen), das Personal- und Organisationsreferat sowie das Revisionsamt erhalten je einen Abdruck der Stellungnahme zur Kenntnis.



Datum: 15.01.2016

Telefon: [REDACTED]

Telefax: [REDACTED]
[REDACTED]**Direktorium**Hauptabteilung III - STRAC GB3
D-III-GB3

**Beschlussentwurf „Externes Gutachten zu Optimierungsmöglichkeiten von Strukturen und Prozessen für das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) – OrgaZIB Umsetzung des Gutachtens“
Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 V4045 und V4046**

I. An das Referat für Bildung und Sport – ZIB

Zu o.g. Beschlussentwürfen übermittelt das Direktorium Hauptabteilung III STRAC mit Projekt „Sonderbereiche gemäß MIT-KonkreT (SBgM)“ folgende Stellungnahme.

Der Vorschlag zur Umsetzung der vorgeschlagen Variante, die IT des RBS gemäß Szenario 2 unter Berücksichtigung des erweiterten Betreuungsumfangs in die gesamtstädtische IT-Aufbau- und Ablauforganisation zu integrieren, entspricht den Vorgaben des MIT-KonkreT Stadtratsbeschluss vom 27.01.2010 für den Sonderbereich RBS-ZIB und wird von STRAC grundsätzlich begrüßt. Insbesondere die Ausrichtung der Aufgaben nach dem Modell der Kernkompetenzfokussierung über den gesamten Aufgabenbereich der dezentralen Einheit entspricht den Vorgaben des oben genannten Beschlusses. Die Abweichung von der Aufgabenverteilung des 3-Häuser Modells bezogen auf den Leistungsbezug für die pädagogische Domäne von externen Dienstleistern statt durch den zentralen städtischen Dienstleister it@M ist insbesondere vor dem Hintergrund stadtweit fehlender Personalkapazitäten und der vielfältigen Anforderungslage in diesem Bereich nachvollziehbar. Die MIT-GA gilt für alle IT-Einheiten, deshalb müssen Abweichungen vom Standard in diese Geschäftsanweisung aufgenommen werden.

Der prognostizierte Aufwand und die terminliche Prognose erscheinen realistisch und gerechtfertigt. Es ist jedoch noch eine plausible Ableitung in den Beschluss aufzunehmen.

Es wird gebeten in den Beschluss aufzunehmen, dass die Ergebnisse der derzeitigen externen IT Untersuchung bei der Umsetzung der neuen RBS IT-Organisation Berücksichtigung finden.

Mit der geänderten Zeitschiene sind wir einverstanden, bitten aber weiterhin, unsere Anmerkungen zur letzten Version einzuarbeiten.

1. Erforderliche inhaltliche Ergänzungen bzw. Korrekturen (öffentlicher Teil)
 - S. 8: „langwierige Verwaltungsprozesse“
Sollte es sich um die neu eingeführten IT-Prozesse handeln, sind diese zu benennen und der Mangel ist jeweils aufzuzeigen.
 - Kap. 2.3:
Der Vorteil des Szenario 2 geht aus der Begründung nicht stichhaltig genug hervor!
 - S. 8: 3. Absatz von unten ff:
Die Serviceverantwortung gegenüber den Fachbereichen ist und bleibt in jedem Fall beim RBS-ZIB/dIKA. Dies gilt für beide Domänen.

- S: 8: 3. Absatz von unten:
Wir schlagen vor, die letzten 2 Sätze des Absatzes zu streichen.
Begründung: Die Aussage entspricht den Regelungen der MIT-GA und der Aufbaukonzeption dIKA, und muss daher nicht nochmals aufgeführt werden. Außerdem ist die Formulierung der Sätze unscharf.
- Kap. 3.1.1 ist zu ergänzen, dass eine Abstimmung mit der gesamtstädtischen IT-Strategie durchzuführen ist.



2. Beschlussziffern

- öffentlicher Teil, II.a Ziffer 2:
ergänzen mit:
„sofern nicht andere Vorgaben dagegen stehen.“
Begründung: Wie bereits ausgeführt, bleibt die Kernkompetenzfokussierung mit Bezug auf das RBS vom vorliegenden Beschluss unberührt, allerdings ist die Abnahme von IT-Dienstleistungen nicht auf it@M beschränkt. Eine unbeschränkte Ausnahme zur Abnahmeverpflichtung von it@M ist – wie bereits im Vorfeld diskutiert – für bestimmte Leistungskluster nicht möglich (z.B. Netzinfrastruktur).
- öffentlicher Teil, II.c Ziffer 2:
Der korrekte Kostenstellenbereich lautet: 11300040

Wir bitten die Änderungen im öffentlichen und nicht-öffentlichen Teil der Beschlussvorlage zu übernehmen und zu synchronisieren, oder die Stellungnahme dem Beschluss zuzufügen.



II. Abdruck von I. An:

SKA-HAI, 
POR-P3.24, 
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Datum: 27.01.2015

Telefon: 0 233- [REDACTED]

Telefax: 0 233- [REDACTED]
[REDACTED]

it@M

it@M-WL

**Externes Gutachten zu Optimierungsmöglichkeiten von Strukturen und Prozessen für
das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) – OrgaZIB
Umsetzung des Gutachtens**

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 04045 und V 04046

RBS-V. [REDACTED]

Sehr geehrte [REDACTED]

it@M zeichnet o. g. Sitzungsvorlagen mit und unterstützt die Umsetzung des gutachterlich empfohlenen Lösungsszenarios.

Gleichwohl muss it@M darauf hinweisen, dass vielfältige technische Fragestellungen, wie z. B.

- Netztrennung Pädagogik und Verwaltung, Anforderungen an die Netzwerk-Bandbreite und -Verfügbarkeit, Zugriffe aus dem Pädagogiknetz in das Verwaltungsnetz,
- Evaluation der vorhandenen Technik und Tools für den Betrieb der Infrastruktur,
- Anforderungen an den Betrieb der Verwaltungsdomäne inklusive Rollenklärungen für den getrennten Betrieb von Verwaltungs- und Pädagogikdomäne,

erst noch im Rahmen der Umsetzungsprojekte geklärt und abgestimmt werden müssen.

Die notwendigen Kapazitätsausweitungen aufgrund des Übergangs der IT der Verwaltungsdomäne im Kernbereich des RBS zu it@M ergeben sich erst im Laufe der Umsetzungsprojekte. Die Schätzung in der Umsetzungskonzeption dazu, erscheint it@M aufgrund der Erfahrungen im Programm MIT-KonkreT jedoch als zu niedrig.

Das Umsetzungsprojekt des RBS wurde bisher bei der stadtweiten Vorhabensplanung für 2016 noch nicht berücksichtigt. Das RBS muss hierfür eine Projektplanung mit den erforderlichen Skills erstellen und eine Repriorisierung zugunsten des Vorhabens kurzfristig durchsetzen. Die Mitwirkungsleistungen von it@M in Höhe von 867 PT in 2016 sowie 386 PT in 2017, sollen durch externe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbracht werden, weil die internen Kapazitäten schon anderen Vorhaben zugeordnet wurden bzw. für laufende Linienaufgaben benötigt werden. Die Mitwirkungsleistungen von it@M können für 2017 teilweise und für 2018 vollständig durch it@M erbracht werden, wenn sie rechtzeitig in den Vorhabensplanungen berücksichtigt und im Auftragsmanagement zugesagt werden.

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]
[REDACTED]
Werkleiter Verwaltung und Finanzen

Datum: 27.01.2016

Tel.: 

Fax: 

Sachbearbeitung:


Gesamtpersonalrat

Externes Gutachten zu Optimierungsmöglichkeiten von Strukturen und Prozessen für das
Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) - OrgaZIB
Umsetzung des Gutachtens

Herrn Stadtschulrat Rainer Schweppe
Referat für Bildung und Sport

Sehr geehrter Herr Schweppe,

der Gesamtpersonalrat hat sich in der Sitzung am 27.01.2016 mit dem Beschluss „Externes Gutachten zu Optimierungsmöglichkeiten von Strukturen und Prozessen für das Zentrum für Informationstechnologie im Bildungsbereich (ZIB) – OrgaZIB Umsetzung des Gutachtens“ befasst. Der Gesamtpersonalrat stimmt dem Beschluss zu.

Wir schlagen vor, die betroffenen Personalvertretungen eng in das Projekt einzubinden und sie bei dieser Tätigkeit zu unterstützen. Darüber hinaus bitten wir Sie, dem GPR möglichst halbjährlich einen Bericht über den aktuellen Projektstand zu kommen zu lassen, damit wir für die finale Befassung, voraussichtlich ab dem 2. Quartal 2019, inhaltlich auf einem aktuellen Stand sind.

Mit freundlichen Grüßen


stellvertretender Vorsitzender